

Ungeliebtes Bologna

Studiengänge auf dem Prüfstand – Anwesenheitspflicht bleibt ein Reizthema



Foto: Volker Lannert / Universität Bonn

Unter dem Eindruck fortgesetzter Kritik an den neuen gestuften Studiengängen betreibt auch die Universität Bonn die Weiterentwicklung ihrer Bachelor- und Master-Studiengänge. Eine Befragung in allen Lehreinheiten sollte zusätzliche Erkenntnisse darüber bringen, wo es konkreten Verbesserungsbedarf gibt

Was waren das für Zeiten, als Bologna nur eine Stadt in Oberitalien war und bekannt für seine uralte Universität, zwei schiefe Türme, zahllose Arkadengänge, Tortellini und die berühmte Nudelsauce mit Hackfleisch! Heute zucken mit akademischer Bildung Befasste unwillkürlich zusammen, wenn sie den Namen jener Stadt hören, ist er doch seit gut 10 Jahren untrennbar mit einer ebenso epochalen wie umstrittenen Reform des europäischen Bildungswesens verbunden. Vor allem in Deutschland sorgt die Umsetzung der 1999 von 29 europäischen Bildungsministern unterzeichneten Bologna-Erklärung immer wieder für reichlich Unmut. Im Zuge des nach der Erklärung benannten Bologna-Prozesses haben die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sich auf den Weg gemacht, ihre Studienangebote zu vereinheitlichen, um einen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Inzwischen haben die gestuften Studiengänge, die zu den Abschlüssen Bachelor und Master führen, mit wenigen Ausnahmen die bisherigen Studienprogramme abgelöst. Wie immer, wenn etwas neu eingeführt wird, haben sich auch im Bologna-Prozess unvorhergesehene und unerwünschte Entwicklungen ergeben, die Anlass für Kritik sind. Die Universität und ihre Fakultäten bemühen sich seit der Einführung der neuen Studiengänge, die Studienstrukturen sowie die Lehrangebote kontinuierlich zu analysieren sowie zu evaluieren und auf der Grundlage dieser Ergebnisse zu verbessern.

Die Universität Bonn hat dementsprechend bereits verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Studienbedingungen in ihren Bachelor- und Master-Studiengängen eingeleitet. Grundlage war zuletzt auch eine universitätsweite Erhebung, deren Ergebnisse mittlerweile in fast allen Fächern

vorgelegt und mit Lehrenden und Studierenden diskutiert wurden. Alle Studiengänge und Prüfungsordnungen sollten dabei auf Wunsch des Rektorats auf den Prüfstand kommen. Leitfragen wurden formuliert, um Schwächen in den modularisierten Studiengängen zu identifizieren und zu beheben. Unter anderem ging es dabei um Modulgrößen, Arbeitsbelastung („Workload“), Anwesenheitspflichten, Prüfungen und Praxisbezug. Auch die Struktur der Bachelor-Studiengänge, die Betreuung der Studierenden und der Übergang zum Master waren Gegenstand der Befragung. Die Ergebnisse fallen dabei so heterogen und fachspezifisch aus, dass sich kaum Aussagen für die gesamte Universität treffen lassen. Immerhin ist erfreulich: Modulgrößen und Workload werden durchweg als angemessen betrachtet, die Betreuung sogar als gut bis sehr gut empfunden.

Anwesenheitspflicht abschaffen?

Ein Streitpunkt zwischen Dozenten und Studierenden ist vor allem in der Philosophischen Fakultät die Frage der Anwesenheitspflicht – ein zentraler Kritikpunkt der Studierendenschaft und des AstA, die für ihre völlige Abschaffung plädieren. Aber selbst die Studierenden sind sich in dieser Ablehnung nicht ganz einig. Manche Studierenden befürworten sogar die Anwesenheitspflicht, weil sie das kontinuierliche Studium fördert. Zuviel Freiheit, so wissen die Studierenden früherer Tage zu berichten, kann Zeit kosten und geht zudem mit einer erhöhten Abscherquote einher. Ein goldener Mittelweg müsste also gefunden werden. Während etwa in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät eine Anwesenheitspflicht in der Regel nur für Praktika und Seminare gilt, besteht bei der Philosophischen Fakultät die Anwesenheitspflicht grundsätzlich auch

in Vorlesungen. Eine Anwesenheitspflicht sei vor allem bei Querschnittsvorlesungen sinnvoll, deren Inhalt sich Studierende nicht selbst durch Lektüre ohne Weiteres erarbeiten können, oder bei Lehrveranstaltungen, in denen Primärtexte gelesen und besprochen werden, sagen die Befürworter dieser Regelung. Auch Vorlesungen „am Objekt“, etwa in der Kunstgeschichte, werden wohl in Zukunft nicht ohne die Anwesenheitspflicht auskommen. Kritiker der Anwesenheitspflicht erklären, intrinsische Motivation solle zum Besuch einer Vorlesung veranlassen, nicht Pflichterfüllung. Das Rektorat hat sich generell dafür ausgesprochen, die Anwesenheitspflicht auf didaktisch begründete Formate zu reduzieren. Welche Fälle aber wirklich begründet sind, diese Entscheidung werden die Fächer wohl auch weiterhin in Eigenregie treffen müssen.

Auch ihre Arbeitsbelastung beurteilen die Studierenden der Universität Bonn sehr unterschiedlich. Zwar finden die meisten Befragten den Workload der Bachelor-Studiengänge im Umfang angemessen, jedoch kann es im Studienverlauf immer wieder zu Phasen kommen, in denen die Arbeitsbelastung zeitweise sehr hoch ist. Die wesentlichen Kenngrößen sind hier der Umfang von Modulen und die Zahl der Prüfungen. Gesetzlich vorgeschrieben ist, dass jedes Modul mit einer Prüfung abschließt. Will man also die Zahl der Prüfungen reduzieren, muss das Studienpensum auf weniger – dies wiederum ist der Mobilität abträglich, da sich größere Module leicht über Semestergrenzen hinweg erstrecken. Ein anderer Ausweg wäre die stärkere Gewichtung von endnotenrelevanten Modulabschlussprüfungen nach inhaltlichen Kriterien, nicht schematisch nach Workloadanteil. Somit könnte der Prüfungsdruck zumindest partiell abgefedert werden.

Die definierte Regelstudiendauer von 6 Semestern auf der einen und der Anspruch eines fundierten Fach-

▲ Die Universitätsleitung hat die Kritik am Bachelor-Master-Prozess als Anlass für eine Umfrage unter den Studierenden genommen. Sie will so herausfinden, wo es besonders „hakt“, und ggf. nachbessern.



studiums auf der anderen Seite führen immer wieder zu Grundsatzdiskussionen, ob der Bachelor nicht auf 8 Semester ausgedehnt werden könnte. Da der Gesetzgeber die Gesamtdauer von Bachelor- und Master-Studium aber auf 10 Semester begrenzt hat, fallen dann die zugehörigen Master-Studiengänge entsprechend kurz aus. „Ein weiteres Argument für den acht Semester dauernden Bachelor ist der Umstand, dass unsere dreijährigen Bachelor-Studiengänge in den USA nicht anerkannt werden“, erklärt Marcus Breyer, Referent des Prorektors für Studium und Lehre. „Im Rahmen der Reakkreditierung der derzeitigen Studiengänge werden je nach Studiengang auch solch grundsätzliche Fragen zu klären sein.“

Die räumliche Mobilität gehört zu den erklärten Zielen des Bologna-Prozesses. Jeder Bonner Studiengang soll daher zukünftig ein so genanntes „Mobilitätsfenster“ definieren, also den Zeitraum, innerhalb dessen ein Auslandsaufenthalt möglich ist. Idealerweise werden dazu auch so genannte „Learning agreements“ mit Partneruniversitäten abgeschlossen, um die curriculare Passung und damit die unproblematische Anerkennung von im Ausland erbrachten Studienanteilen vorzubereiten. Freie Wahlpflichtbereiche in einer Reihe von Studiengängen erlauben zudem eine flexiblere Anerkennung von Leistungen aus dem Ausland. Das Angebot wächst an der Universität Bonn derzeit noch stetig.

Lieber bis zum Master studieren

Unentschieden sind die Befragten darüber, ob im Studium ausreichend Wahlmöglichkeiten vorhanden sind, um eigene Schwerpunkte zu setzen. In einigen Einheiten sind die Wahlmöglichkeiten aufgrund fehlender Kapazitäten, der verkürzten Studiendauer oder wegen der Überschneidung von Lehrveranstaltungen zwischen Kern- und Begleitfach eingeschränkt.

Die Zahl der Bachelor-Studierenden, die nach dem ersten Abschluss einen Master-Studiengang an der Universität Bonn anstreben, variiert sehr stark mit der Lehreinheit. So wollen praktisch 100 Prozent aller Psychologen nach dem B.A. in Bonn weiterstu-

Foto: Volker Lamert / Universität Bonn



dieren, ebenso wie die Kunsthistoriker und Medienwissenschaftler. In den fremdsprachlichen Philologien, d.h. bei den Anglisten und Romanisten, sind es zum Teil deutlich unter 50 Prozent, da hier Auslandsperspektiven intensiver verfolgt werden. In den Naturwissenschaften geben zwischen zwei Dritteln und allen Studierenden an, nach dem Bachelor einen Master-Studiengang anzustreben. Die Befragten sind sich hier einig, dass möglichst viele Bachelor zum Master zugelassen werden sollten, unter anderem aus der Sorge, am Arbeitsmarkt als unterqualifiziert zu gelten. Ganz so schlimm ist es aber wohl doch nicht: Einer Studie des Internationalen Zentrums für Hochschulforschung an der Universität Kassel zufolge haben Bachelor bessere Berufschancen, als bislang geunkelt wurde. Dabei wurden 70.000 Absolventen der Abschlussjahrgänge 2007 und 2008 befragt. Heraus kam: Nach spätestens eineinhalb Jahren hatten 96 Prozent der Bachelorstudenten einen Arbeitsplatz, eine Quote, die der von Diplomabsolventen entspricht. Die Einstiegsgehälter von BA-Absolventen gilt es allerdings noch genauer unter die Lupe zu nehmen; hier gibt es häufig Abweichungen nach unten.

Erste Reformvorschläge wurden schon umgesetzt

Die Ergebnisse der ad hoc-Befragung wurden zwischenzeitlich in fast allen Fächern vorgestellt und diskutiert. Die Universität und die Fakultäten sind daran interessiert, die Studierenden an der Überarbeitung der Bologna-Studiengänge intensiv zu beteiligen. Hier kommt vor allem den überaus engagierten Fachschaften eine Schlüsselrolle zu.

Auch die permanente Rückkopplung durch regelmäßige Studierendenbefragungen, in einigen Fachbereichen schon lange Standard, dient diesem Zweck. Mit unterschiedlichem Erfolg wurden dagegen Vollversammlungen durchgeführt.

Teilweise konnten die erarbeiteten Reformvorschläge auch schon umgesetzt werden, weil dazu keine großen Änderungen von Prüfungsordnungen erforderlich waren. Hierzu gehören unter anderem die Optimierung von Beleg- und Anmeldeverfahren, ein Bürokratieabbau in der Prüfungsverwaltung, die Einstellung der in manchen Fächern etablierten „Zwei-Prüfer-Regel“ bei Hausarbeiten und Klausuren sowie die Optimierung der Arbeit des jeweiligen Prüfungsamtes. In der Biologie wurde beispielsweise der Workload in einigen Modulen angepasst und die Prüfungsorganisation dahingehend optimiert, dass für die Studierenden mehrere Klausurtermine angeboten werden, um den Prüfungsdruck zu reduzieren. In vielen Lehreinheiten der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät wurden die Wahlmöglichkeiten erweitert. Im Fach Meteorologie sank die Zahl der Prüfungen, und auch die Arbeitsbelastung wurde herabgesetzt.

Wie geht es weiter mit Bologna? An der Universität Bonn wird die Reform der Reform auch in Zukunft ein Thema bleiben. Der Prorektor für Studium und Lehre will alle Akteure darum demnächst zu einem Bologna-Tag einladen, um mit ihnen zu diskutieren, wie es weitergeht. Denn schon jetzt steht fest: Bologna ist ein fortlaufender Prozess. Und nach der Reform ist vor der Reform.

ARC/FORSCH

▲ Die meisten Studierenden beurteilen die Arbeitsbelastung der Bachelor-Studiengänge als im Umfang angemessen. Problematisch ist jedoch, dass es im Studienverlauf immer wieder zu Phasen kommen kann, in denen der Aufwand besonders groß ist.

Schwerpunktthema:

Bologna



„Intellektualität setzt Raum voraus, sie zu entfalten“

Rektor und AStA-Vorsitzende zum Bologna-Prozess

Frau Möhlenkamp, Herr Professor Fohrmann, wie ist Ihre Bilanz nach mehr als einem Jahrzehnt Bologna-Prozess?

Magdalena Möhlenkamp: Politik, Hochschulrektorenkonferenz und Hochschulleitung vor Ort müssen sich eingestehen, dass es Reformbedarf gibt. Wir müssen an verschiedenen Punkten nachbessern. Dabei kommt es einerseits auf Transparenz an und andererseits auf die Einbindung von Studierenden.

Professor Dr. Jürgen Fohrmann: Ich habe vor allem drei Kritikpunkte. Erstens: Der Bologna-Prozess hatte unter anderem die Vereinheitlichung des europäischen Hochschulraumes zum Ziel. Das sehr unterschiedliche Leistungspunkte-System hat jedoch dazu geführt, dass die Vergleichbarkeit der Lehrleistungen nicht gegeben ist. Als Folge müssen wir mit jeder Partnerhochschule ein individuelles Anerkennungsverfahren aushandeln oder mit mehreren ein gemeinsames Kern-Curriculum. Aber das gelingt nur in seltenen Fällen. Zweitens sind leider viele „kleine Fächer“ im Zuge des

Bologna-Prozesses zu Nebenfächern degradiert worden, weil ihnen die Substanz für einen eigenen Bachelor-Studiengang fehlte. Der dritte und für mich wichtigste Punkt: Von heute auf morgen ist besonders in den Geistes- und Sozialwissenschaften ein völlig neuer Studierenden-Typus entstanden, der nur noch genau das tut, was verlangt wird, und nicht mehr. In den Vorlesungen geht es zum Teil schon zu wie im Schulunterricht.

Das klingt ja nicht gerade positiv.

Jürgen Fohrmann: Ja, die Bilanz von meiner Seite ist sehr kritisch, auch wenn ich weiß, dass viele meiner Rektorenkollegen das ganz anders sehen. Gerade die Veränderung des Studierenden-Typus empfinde ich als eine der ganz gravierenden Konsequenzen. Was Europa auszeichnet, ist die Mischung aus wissenschaftlicher Expertise und Intellektualität. Intellektualität setzt aber genügend Raum voraus, sie zu entfalten. Und dieser Raum fehlt beim jetzigen Bachelor-System.

Magdalena Möhlenkamp: Sie benennen die Kritikpunkte, die wir seit

Jahren anbringen und die auch im Bildungsstreik bundesweit auf die Straße getragen wurden: Die fehlenden Mobilitätsfenster, die zu vollen Stundenplänen, die Anwesenheitspflichten, die freiheitliches Lernen erschweren. Ich frage mich: Warum ist es an dieser Uni so schwer, diese starren Strukturen rückgängig zu machen, wo wir doch einen Rektor haben, der das genauso sieht wie wir? Wie sieht es beispielsweise mit der Anwesenheitspflicht aus? Dazu müsste man doch lediglich die Prüfungsordnungen ändern.

Jürgen Fohrmann: Prüfungsordnungen ändern sich nicht von selbst. Wenn die Initiative dazu nicht aus dem Fach kommt, müssten die Fachschaften den Antrag einbringen, den entsprechenden Passus zu streichen. Wenn im Fakultätsrat darüber keine vernünftige Diskussion möglich ist, bin ich als Rektor gerne bereit, aktiv zu werden. Leider laufen an der Universität manche Kommunikationsprozesse nicht so, wie ich sie mir wünsche. Wir haben die Fächer vor einiger Zeit gefragt, wo es hakt. Bis heute stehen noch viele Antworten aus. Und auch von den Studierenden kommt noch zu wenig Rückmeldung.



Schwerpunktthema:

Bologna

Das Rektorat will in Zusammenarbeit mit den Fakultäten alle Studiengänge auf den Prüfstand stellen, um mögliche Schwächen bei der Modularisierung zu identifizieren und zu beheben. Wie fühlen sich die Studierenden in diese Verbesserungsprozesse einbezogen?

Magdalena Möhlenkamp: Ich sehe da guten Willen, muss aber sagen, dass das alles zu kurz greift: Es gibt das Dialogangebot vom Rektorat, das wir als Studierendenvertretung auch wahrnehmen. Es gibt die von Herrn Fohrmann angesprochene Ad-hoc-Befragung, bei der es darum geht, in Zusammenarbeit mit den Studierenden die Probleme in den einzelnen Fächern zu benennen. Doch diese Fragen kommen bei den Studierenden oft gar nicht an.

Liegt das daran, dass die Informationen nicht fließen? Oder liegt das daran, dass Ihre Kommilitonen sich gar nicht einbringen wollen?

Magdalena Möhlenkamp: Sicher, es gibt gerade im Bachelor-Studium einen enormen Leistungsdruck. Die Zeit, die Studiensituation kritisch zu hinterfragen, ist knapper geworden. Aber auch der Informationsfluss ist verbesserungswürdig. So verlaufen viele Prozesse immer noch intransparent, ob es nun um Prüfungsordnungen geht oder auch um die Schließung einzelner Fächer. Von diesen Weichenstellungen erfahren die Studierenden zuletzt; sie sind nicht in die Entscheidungsfindung eingebunden.

Bietet der Bologna-Prozess aus Ihrer Sicht auch Vorteile?

Magdalena Möhlenkamp: Vorteile sehe ich keine. Höchstens vielleicht, dass das Studium strukturierter wird. Aber diese Struktur ist momentan viel zu rigide und starr. In der aktuellen Ausgestaltung bedeutet die Modularisierung vor allem eine Einschränkung der akademischen Freiheit, weil die Wahlmöglichkeiten geringer werden. Auch gibt es in vielen Studiengängen keine Mobilitätsfenster, was Auslandsaufenthalte erschwert.

Jürgen Fohrmann: Eine gut gemachte Modularisierung hat einen großen Vorteil: dass die Studienangebote aufeinander beziehbar werden,

so dass ein größerer Zusammenhang sichtbar wird. Die Nachteile hat Frau Möhlenkamp allerdings völlig korrekt benannt.

Wie reagieren Sie auf diese Nachteile? Was wollen Sie konkret verändern?

Jürgen Fohrmann: Wir wollen den Wahlbereich vergrößern und darin verstärkt Veranstaltungen anbieten, die miteinander im Zusammenhang stehen. Wir wollen die Zahl der Prüfungen reduzieren. Wir wollen bei der Berechnung des Workloads, also der Arbeitsbelastung der Module, die eigenständige Vor- und Nacharbeit höher ansetzen. Die Veranstaltungsdichte darf nicht so hoch sein, dass die Studierenden ihre Kurse nur noch absitzen. Es muss noch genug Zeit für eine vernünftige Nachbereitung bleiben.

Also mehr Wahlfreiheit, aber auch mehr Eigenverantwortung?

Jürgen Fohrmann: Ja. Das Studium zu straffen und besser zu strukturieren, ist sicher keine schlechte Idee. Das geht aber auch, ohne die Fächer komplett zu verschulen. Doch auch die Politik muss eine zentrale Weichenstellung ändern: Wir bekommen Mittel dafür, dass wir unsere Studenten in Regelstudienzeit durchschleusen. Das geht unter Umständen zu Lasten der Qualität. Eine gute Ausbildung kann auch mal länger dauern. Ich plädiere für einen Zeitkorridor und keine fixe Festlegung auf sechs Semester für den Bachelor.

Kritisiert wird auch – wie kürzlich in Köln – das zu geringe Angebot an Master-Plätzen. Wie stehen Sie in dieser Frage?

Magdalena Möhlenkamp: Wir halten es für nötig, dass jeder, der einen Master-Studienplatz möchte, auch einen bekommt. Diese künstliche Verknappung halten wir für völlig verfehlt.



Schwerpunktthema:

Bologna





Jürgen Fohrmann: Wir haben noch nicht genügend Erfahrung mit dem Master. Insgesamt werden die Masterstudiengänge nach meinem Eindruck momentan eher zu wenig angenommen. Ohne genügend Masterstudenten fehlen aber auch die Promovenden. In einigen Bereichen denken wir schon über die Einrichtung von Stipendien nach, um international konkurrenzfähig zu bleiben.

Magdalena Möhlenkamp: Liegt die mangelnde Akzeptanz nicht auch an den hohen Zugangshürden hier in Bonn?

Jürgen Fohrmann: Halten Sie denn einen Notenschnitt von 2,5 für eine zu hohe Hürde? Für mein Fach kann ich die Frage jedenfalls verneinen. Wir wollen einen forschungsbezogenen Master. Und der ist sicher nicht für alle Bachelor-Studenten geeignet.

Magdalena Möhlenkamp: Aus unserer Sicht sollten auch die Studierenden einen Master machen können, die keinen Spitzendurchschnitt haben. Die augenblickliche Selektivität halte ich für bedenklich.

Jürgen Fohrmann: Das sehe ich anders als Sie, Frau Möhlenkamp. Wir brauchen eine wissenschaftliche Selektivität. Wissenschaftliche Qualität in den Mittelpunkt zu stellen, halte ich für unabdingbar. Sonst können wir unsere eigenen Ansprüche als

Forschungsuniversität nicht mehr verwirklichen. Ob wir die Auswahl aber über Noten, Zugangsprüfungen oder Gespräche treffen, darüber können wir reden.

Wo stehen wir in weiteren zehn Jahren in Sachen Bologna?

Magdalena Möhlenkamp: Ich hoffe inständig, dass wir dann ein Studium haben, das uns an den Universitäten ein freiheitliches Lernen und Forschen ermöglicht und gleichzeitig den internationalen Austausch er-

leichtert, ohne uns so einzuschränken, wie das im Moment der Fall ist.

Jürgen Fohrmann: Dann beziehe ich mal die Gegenposition, damit das Gespräch nicht zu einvernehmlich endet. Ich sage: Dieser Prozess wird nicht mehr Bologna-Prozess heißen, sondern „Brüssel-Prozess“, er wird in völliger Unübersichtlichkeit münden, in sich implodieren, und dann werden wir ein völlig neues System erfinden.

Frau Möhlenkamp, Herr Professor Fohrmann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch!

FL, ARC/FORSCH



Fotos: Volker Lannert / Universität Bonn

Bologna-Prozess

Im Juni 1999 unterzeichneten 29 europäische Bildungsminister ein Dokument, das nach dem Ort des Treffens als „Bologna-Protokoll“ berühmt werden sollte. Darin vereinbarten sie unter anderem die Einführung gestufter Studiengänge (grundständiger Bachelor / daran anschließender Master). Ein Punktesystem (die so genannten „Credit Points“) sollte zudem die im Studium erbrachten Leistungen vergleichbarer machen. Ziel dieser Maßnahmen war es unter anderem, Auslandsaufenthalte von Studenten sowie den Wechsel zwischen Hoch-

schulen verschiedener Länder zu vereinfachen. An der Universität Bonn wurden inzwischen die meisten Studiengänge auf das Bachelor/Master-System umgestellt. Magdalena Möhlenkamp (JUSOS) ist Vorsitzende des Allgemeinen Studierenden-Ausschusses (ASTa) der Bonner Uni. Dieser kritisiert unter anderem den zunehmenden Leistungsdruck sowie die starke Verschulung, die mit dem neuen System einher gehe. Auch das Rektorat sieht Änderungsbedarf. Es unterzieht momentan sämtliche gestuften Studiengänge einer Revision.

„Mobilitätsfenster“ für Auslandserfahrung

Reakkreditierung neuer Studiengänge soll Organisation erleichtern

Was man von einem Studienaufenthalt im Ausland außer Fachwissen mitbringen kann, steht in keinem Lehrbuch: einen neuen Blick auf die akademische Kultur, die Welt und auf sich selbst. Studierende der Uni Bonn haben an 336 Partnerunis in mehr als 38 Ländern auf allen Kontinenten die Chance dazu. Das umfassendste Programm ist das europäische Flaggschiff ERASMUS, außerdem gibt es den Direktaustausch sowie Angebote der Fachbereiche für Studien- und Praktikumsaufenthalte. Damit diese Chancen auch genutzt werden können, lautet eine Vorgabe für die Überarbeitung der neuen Studiengänge, Zeitfenster im Studienverlauf zu schaffen.

Der kontinuierliche Aufwärtstrend bei Studienaufenthalten im Ausland bis etwa 2006/07 zeigt, dass die Bemühungen um Mobilität als politisches Ziel gefruchtet haben. Die Einführung von Bachelor und Master mit ihrem engeren Studienverlauf verursachten jedoch einen Rückgang der ERASMUS-Zahlen und Bewerbungen für den Direktaustausch; der Trend geht vom einjährigen Aufenthalt zu einem Semester oder Summer Schools und Praktika in der vorlesungsfreien Zeit. Dennoch gibt es in dieser Umbruchphase einen wichtigen Unterschied: „In den Köpfen der Studierenden ist es heute drin, dass ein Auslandsaufenthalt ein wertvoller Bestandteil der akademischen Ausbildung ist“, sagt Susanne Maraizu, Abteilungsleiterin für Studium im Ausland und das ERASMUS-Programm im International Office. „Allerdings hakt es derzeit an der Realisierung.“

Anerkennung: Lernergebnisse im Vordergrund

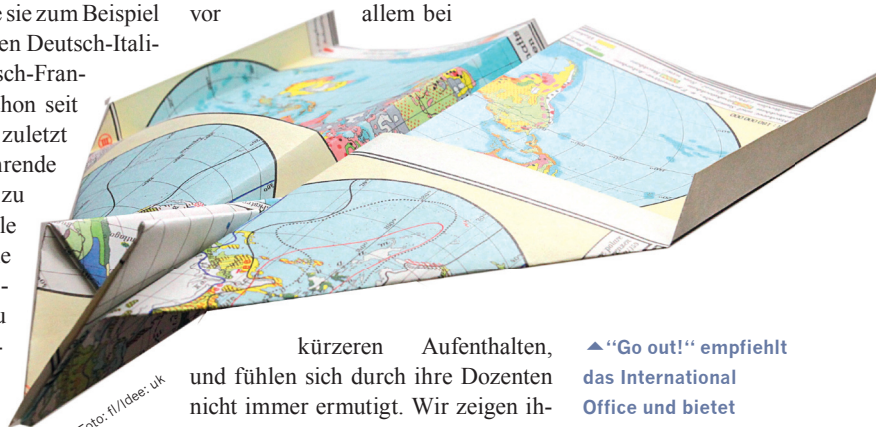
Die anstehende Reakkreditierung der neuen Studiengänge bietet nun die Chance, in Sachen Mobilität nachzubessern. So will es die Kultusministerkonferenz, und so steht es im Entwurf des neuen Leitfadens zu gestuften Studiengängen. „Ansetzen wird die Uni Bonn an mehreren Punkten“, sagt Susanne Maraizu und zählt auf: Mobilitätsfenster im Studienverlauf, das heißt Strukturen, die zu Auslandsaufenthalten ermutigen. Ein weiterer zentraler Punkt ist die Anerkennung von Studienleistungen. Nach der Lisbon Konvention soll nach Lernergebnissen (learning outcomes) statt schematisch nach Inhalten anerkannt werden. So sehen es auch die Prü-

fungsordnungen vor. Des weiteren sind integrierte Studiengänge mit obligatorischen Auslandssemestern ein gutes Instrument, wie sie zum Beispiel die Romanistik mit den Deutsch-Italienischen oder Deutsch-Französischen Studien schon seit Jahren bietet. Nicht zuletzt ist es wichtig, Lehrende in ihrer Mobilität zu fördern – denn mobile Dozenten sind oft die besten Multiplikatoren, Studierende zu einem Auslandsaufenthalt zu ermutigen.

Wann geht man ins Ausland, warum eher während des Studiums statt vorher oder im Anschluss? „Das eine schließt das andere ja nicht aus“, sagt Susanne Maraizu. Vor dem Studium an eine Highschool zu gehen und bei Gasteltern zu leben, sei eine eher „behütete“ Form, ein Einstieg, ein freiwilliges soziales Jahr im Ausland schon eine größere Anforderung. Während des Studiums mit ein paar Semestern Erfahrung im Rücken zu gehen, ermöglicht, akademische Kulturen zu vergleichen. Und es gibt einen weiteren wichtigen Grund: Nur als eingeschriebener Student kann man bei ERASMUS und Direktaustausch alle Programmstrukturen nutzen, nach dem Abschluss muss man Aufenthalte individuell planen und finanzieren. Beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) gibt es auch Fördermöglichkeiten für Graduierte, die nicht mehr eingeschrieben sind.

Die ERASMUS-Fachkoordinatoren wurden bereits nach ihrer Einschätzung zur Frage der Anerken-

nung befragt. Die Meinungen sind unterschiedlich – überwiegend werden Leistungen voll oder teilweise anerkannt, Probleme gibt es, wo Module oder Prüfungsformen nicht passen. Was die Studierenden selbst dazu meinen, soll eine derzeit laufende Befragung zeigen. Auslandsstudienberaterin Ute Harres sagt: „Viele Studierende meinen in Beratungsgesprächen grundsätzlich ‚Ja, das ist eine tolle Sache.‘ Sie vermuten aber finanzielle und zeitliche Probleme sowie bürokratischen Aufwand vor allem bei



kürzeren Aufenthalten, und fühlen sich durch ihre Dozenten nicht immer ermutigt. Wir zeigen ihnen Schritte und Fördermöglichkeiten auf.“ Arbeitgeber werden sicher einen sinnvollen Auslandsaufenthalt auch bei geringer Studienzeitverlängerung als Qualifikation honorieren.

Eigeninitiative ist gefragt

Ein Auslandsaufenthalt geht nicht ohne Eigeninitiative. Studierende sollten sich deshalb von Anfang an aktiv informieren und zu den Erstsemestereinführungen der Fachschaften gehen, an denen vielfach auch die Mitarbeiterinnen der Abteilung Studium im Ausland/ERASMUS beteiligt sind. Um Hemmschwellen abzubauen, gibt es Möglichkeiten wie den Internationalen Club, das Study Buddy Programm und die Auslandsstudienmesse. Neben individueller Beratung ist Bewerbungstraining für Förderung im Angebot. Und um keine Chance zu verpassen, sollte man immer mal wieder auf der Homepage des International Office nachsehen, was es Aktuelles gibt.

► Informationen: www.auslandsstudium.uni-bonn.de

▲ „Go out!“ empfiehlt das International Office und bietet Studierenden dafür Hilfestellungen und weltweite Kontakte.